



Grüne Neumünster

Ratsfraktion **BfB** **DIE LINKE.**



An die
Stadtpräsidentin
Anna-Katharina Schättiger
Großflecken 59

Neumünster, den 16. Juli 2024

24539 Neumünster

Neufassung

Änderungsantrag der Ratsfraktion von Bündnis 90 Die Grünen, BfB/Die Linke und Bürger für Neumünster zur Drucksache 0296/2023/DS Weiterentwicklung der Jugendverkehrsschule Neumünster; hier: Raumprogramm und voraussichtliche Kosten der Maßnahme für die Ratsversammlung am 16. Juli 2024

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,

wir beantragen, die Beschlussempfehlung der Drucksache wie folgt zu ändern:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis Ende 2024 ein deutlich kostengünstigeres Konzept zur Ertüchtigung der Jugendverkehrsschule vorzulegen.

Dabei sollen auch folgende Alternativen geprüft werden:

- Umsetzung des Raumprogramms Hochbau als Containerlösung o.ä.
- sowie eine Umsetzung der gewünschten neuen Verkehrssituationen unter Sanierung der bestehenden Verkehrsflächen anstelle eines Komplettneubaus
- Übergabe der Trägerschaft der Jugendverkehrsschule Neumünster an den Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GVD) und die Deutsche Verkehrswacht oder einen anderen Betreiber
- Einwerben von Sachspenden ortsansässiger Tief- und/oder Hochbauunternehmen, die ggf. einen Teil der notwendigen Bauleistungen übernehmen und im Gegenzug durch Spendenbescheinigungen ihre Gewerbesteuerzahlungen reduzieren könnten und/oder ggf. Werbeflächen nutzen oder „gestiftet / gespendet von“-Schilder aufstellen könnten
- Akquisition von Kooperationspartnern oder Sponsoringverträgen, z. B. Verkehrsunternehmen, Fahrradherstellern, TÜV, Dekra etc.
- Kooperationsvereinbarungen mit den Umlandgemeinden gegen eine vereinbarte



Grüne Neumünster

Ratsfraktion

BfB

DIE LINKE.



Bürger für
Neumünster

Kostenbeteiligung.

Das entsprechende Konzept inklusive der Ergebnisse der Alternativenprüfung ist bis Ende 2024 in folgender Beratungsfolge vorzulegen:

- Ausschuss für Schule und Sport
- Ausschuss für Finanz- und Vergabeangelegenheiten
- Ausschuss für Bauen, Stadtplanung und Umwelt
- Hauptausschuss
- Ratsversammlung

Begründung:

Gleichwohl es sich bei dem Thema Verkehrserziehung um eine zweifellos wichtige Aufgabe handelt, erscheinen die in der Drucksache geschätzten Kosten in Relation zu Anzahl der Nutzer*innen, Nutzungszeitraum pro Jahr und erzielbare Effekte deutlich überdimensioniert.

Im Sinne der Haushaltsplanung handelt es sich um eine freiwillige städtische Leistung, deren Genehmigung in der derzeit angespannten Haushaltssituation-ein-besonderes Kostencontrolling und grundsätzlich eine Beschränkung auf das Notwendige erfordert.

Die bisherigen Beratungen über die Drucksache in den Ausschüssen für Schule und Sport (AfSS), im Finanz- und Vergabeausschuss (AFV) und im Ausschuss für Bauen, Stadtplanung und Umwelt (ABSU) haben gezeigt, dass der Raumplan und die damit verbundene Kostenschätzung in dieser Form nicht umsetzbar und daher obsolet ist.

Ergänzend neue Wege und Alternativen zu prüfen, kann somit nur hilfreich und eine Blaupause auch für andere Projekte sein.

In Schleswig-Holstein werden landesweit Verkehrsschulen in Trägerschaft des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GVD) und der Deutschen Verkehrswacht betrieben – es sollte also mindestens geprüft werden, ob dieses oder ein anderes Betreibermodell auch eine Möglichkeit für Neumünster sein könnte und welche Auswirkungen es hätte.

Eine Umsetzung in Kooperation mit weiteren Akteuren kann aber nicht nur Kosten reduzieren sondern auch eine hohe identitätsstiftende Wirkung erzielen, gerade dieses Projekt erscheint hier unmittelbar geeignet.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Broy.
Bündnis 90 Die Grünen

Andreas Gärtner
BfB / Die Linke

Jürgen Joost
Bürger für Neumünster